

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 6/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

"Abbruch West" in der ex-Herzkammer der SPD, Bspl. Mülheim

Chaostage in Mülheim: Auf zu Demo und Bürgerinfo am 13. Juni!

Die Informationsveranstaltung zu den Mülheimer Harakiri-Plänen zum ÖPNV-Kahlschlag soll nun am Donnerstag, dem 13. Juni, doch nicht in der Realschule Stadtmitte stattfinden, sondern im Ratssaal, und zwar bereits um 17 Uhr. Die Verdi ruft um 15 Uhr zur Kundgebung auf dem Rathausmarkt auf. Sie hatten das so angemeldet, weil zuerst für den 13. Juni um 16 Uhr die Sondersitzung des Mobilitätsausschusses angesetzt worden war. Doch die wurde wenige Tage später urplötzlich auf den 18. Mai verlegt als gemeinsame Sitzung mit dem Hauptausschuss. Hoffen wir einmal, dass bis zum 13. Juni nicht noch weitere Änderungen von oben verordnet werden. Also: Nix wie hin am 13. Juni! Zeigt den Chaoten in Rat und Verwaltung, dass es so nicht weitergehen kann!



Bereits 4000 Bürgeranträge gegen ÖPNV-Kahlschlag

Die Gewerkschaft Verdi mobilisiert gegen die ÖPNV-Sparpläne der Stadt. Verdi schätzt, dass im Mülheimer Rathaus mindestens 4000 Bürgeranträge gegen den geplanten Kahlschlag beim ÖPNV abgegeben wurden. Verdi hatte vor über zwei Wochen dazu aufgerufen. Verdi-Sekretär Sauer: „Viele Bürger/innen, aber auch Schulen, Schülervertretungen, Betriebe, Umweltgruppen, Einzelhandelsgeschäfte, Seniorengruppen, Initiativgruppen und die Hochschule, melden sich bei uns und bringen immer wieder ihren Unmut gegen die geplante 30%ige Kürzung des Mülheimer Nahverkehrs zum Ausdruck. Nicht selten fallen Worte wie *‘Die spinnen doch’*.“

Zur Erinnerung: Die Mülheimer machten auch zur Grundsteuererhöhungsorgie massenhaft von ihrem Recht Gebrauch: 4534 Widersprüche gegen die Grundsteuererhöhung sind bis Mitte März eingegangen, bekanntlich konnten das nur die Eigentümer, nicht aber die noch stärker betroffenen Mieter!

Die Volksinitiative **“Abschaffung der Straßenbaubeiträge”** hat sensationelle **480.000 Unterschriften eingereicht**, 60.000 wären nötig gewesen! In Mülheim haben auch die MBI fleißig gesammelt und sogar eine Ratsresolution für die Abschaffung erwirken können. Nun muss der Landtag dem überdeutlichen Bürgervotum zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge ähnlich wie in anderen Bundesländern auch folgen!

Rettet das FFH-Gebiet in den Saarer Ruhrauen!

Der Ruhrbadestrand in den Saarer Ruhrauen soll 2020 in Betrieb gehen. Die zugehörige Freizeitanlage am Rand des FFH-Gebietes wurde 2019 bereits gebaut und das, obwohl die RP-Finanzaufsicht diese sehr problematische "freiwillige Ausgabe" als nicht genehmigungsfähig dargestellt hatte. Auch deshalb wurden alle Entscheidungen und Ausgaben einzig in den Sportausschuss gelegt. Die Umweltaufsicht beim RP hat bereits angedroht, dass sie gezwungen sein könnte, den FFH-Status aufheben lassen zu müssen. Doch auch das war angeblich kein Grund, sich im Umweltausschuss damit zu befassen. Anträge für eine wasserrechtliche Genehmigung, für eine Ausnahmegenehmigung für ein Anbauverbot und ein Bauantrag wurden bei der Bezirksregierung gestellt. Auch vor der Genehmigung wurde gebaut. Für wieviel Geld? Nobody knows or says. Man glaubt kaum noch, was in Mülheim alles so abgeht.

Auf den folgenden Seiten:

- Möchte die selbstmordgefährdete MH-SPD die ganze Stadt mit in den Untergang treiben?..... S.2
 - Problem Treppenhauslicht in der Karl-Ziegler-Schule, einem PPP-Projekt S. 3
 - Wiederinbetriebnahme der VHS in der MüGa ohne Wenn und Aber! S.4
- Einlegeblatt:** Brief an die Landesregierung, Mülheim Entscheidungsbefugnisse beim ÖPNV zu entziehen

Chaostage in Mülheim/Ruhr: Möchte die selbstmordgefährdete MH-SPD die ganze Stadt mit in den Untergang treiben?

WAZ 31.5.19: *“SPD ergreift Initiative für Abwahl von Mülheims OB Scholten”*

Das Abwahlverfahren von OB Scholten (SPD) soll auch noch im Rat am 27.6., der bereits übervoll ist mit Problemthemen wie u.a. ÖPNV-Zerstörung, Bürgerentscheid zur VHS-Zukunft, überverhältnismäßige Grundsteuererhöhungsorgie, regionaler Grünzug B-Zerstörung u.v.m. durchgeführt werden.

Angeführt vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Spliethoff, der vor genau 1 Jahr zusammen mit seinem Geschäftsführer Schindler und den damals noch 2 SPD-Dezernenten Mendack sowie Ernst ihren OB und Parteivorsitzenden absägen wollten. Als der nicht freiwillig zurücktrat, traten sie eine widerliche Kampagne öffentlich los. Tenor: „Dem Scholten muss man den Garaus machen“ (Zitat aus einer SPD-Fraktionssitzung, nachzulesen in der WAZ). Die Überläuferfraktion BAMH sprang auf den Zug sofort auf und eskalierte weiter. Die CDU schloss sich dem später an, FDP und Grüne ebenfalls, wenn auch weniger schrill. Es folgte 1 Jahr lang Sitzung auf Sitzung mit immer neuen teils ellenlangen und kindischen Anwürfen gegen den OB, am Erschreckendsten aus Teilen der SPD-Fraktion, insbesondere dem Junior Mühlenfeld.

Das SPD-Selbstmordkommando, getarnt als OB-„Affäre“ war und ist eigentlich erwachsener Menschen unwürdig und für die ohnehin in Mülheim schwer angeschlagene kommunale Demokratie ein deftiger Schlag ins Gesicht, bildlich gesehen sogar eher in den Unterleib.

In Wirklichkeit wurde die Stadt von Scholtens SPD-Vorgängerin Mühlenfeld vor die Wand gefahren und mit etwas Verzögerung prasselt nun das totale Desaster auf die einst florierende Stadt Mülheim im Stakkato nieder mit Rekord-Grundsteuererhöhungen, einem Kahlschlag beim ÖPNV, einem auch für den Autoverkehr völlig vermurksten Verkehrskonzept, einem völlig verfehlten Wohnungsbaukonzept inkl. des Versuches, möglichst viele städtische Grünflächen zu verscherbeln, wozu auch der Riesenskandal gehört, die denkmalgeschützte, sehr gut besuchte VHS zu zerstören, um das hochattraktive Gelände am MüGa-Rand verhökern zu können, eine völlig konzeptionslose, aber extrem teure Innenstadtpolitik, eine schwere, sauteure Hypothek mit unzähligen PPP-Projekten zur Umwegfinanzierung, deren Folgekosten auf Jahrzehnte die Stadt strangulieren uswuswuswuswusw.....



Die Ära Mühlenfeld hat trotz bzw. wegen aller Bilanzierungsmanöver und Umwegfinanzierungen inkl. desaströser Spekulationsgeschäfte mit swaps und Währungswetten die Stadt Mülheim trotz stets niedriger Arbeitslosigkeit und einer robusten, diversifizierten Wirtschaft über 1 Jahrzehnt lang zum Spitzenreiter aller deutschen Großstädte mit dem höchsten Verschuldungstempo hoch katapultiert (vgl. Bertelsmann-Studien bereits vor Jahren) sowie folgerichtig seit 2 Jahren zur absolut höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in NRW. Die Mitschuldigen wie die Mühlenfeld-Referenten Ernst und Mendack, beide hochgehiebt zu Dezernenten, versuchten dann zusammen mit den Spitzen der SPD-Fraktion letztes Jahr „ihren“ OB als Sündenbock sozusagen in die Wüste zu schicken, als nach dem vorherigen Desaster mit dem Etat 2018 bereits klar war, dass nichts wirklich mehr geht im abgewirtschafteten Mülheim.



Dieses riesige Ablenkungsmanöver war menschlich nur widerwärtig (Scholten war gerade krank und nach dem Tod seiner Frau schwer angeschlagen).

Was soll das jetzt beabsichtigte Abwahlverfahren nur 1 Jahr vor der turnusgemäßen Neuwahl noch bringen, außer der Befriedigung von persönlichen Rachegeleuten?

Die MBI werden deshalb den Antrag auf Abwahl strikt ablehnen. Dieses Ablenkungsmanöver hilft der schwer krisengeschüttelten Stadt Mülheim nichts, im Gegenteil. Die massiven Haushaltsprobleme kann man durch den „Abbruch West“, wie ihn Mühlenfelds ex-Referent und jetziger Kämmerer verkörpert, nicht lösen! Die Stadt braucht Vieles, nur keine weiteren Auseinandersetzungen um Weinkonsum des OB vor Jahren oder Vorschläge für das Führen eines facebook-accounts oder über Terminkalendermöglichkeiten eines OB oder

Mehr auf S. 4 zur wieder "zufälligen" Gleichzeitigkeit von "OB-Affäre" und der skandalösen VHS-Saga.

Problem Treppenhauslicht in der PPP-Karl-Ziegler-Schule

Aus dem Alltag des PPP-Irrwegs oder Wenn die Stadt die Hoheit über ihre eigenen Gebäude wie z.B. Schulen abgegeben hat, ist die Demokratie nicht mehr zuständig und die skurrilsten Dinge können sich abspielen.

Die MBI-Antwort auf das Schreiben unten wegen des Problems mit dem Dauerlicht im Treppenhaus des Karl-Ziegler (KZ) darunter versucht zu erläutern, wo genau die Problematik liegt. Gewählte Volksvertreter können und dürfen nicht wissen, was alles sich in den diversen Mülheimer ÖPP-Projekten, ob Schulen,



Medienhaus, 2 Feuerwehren, Rathaus, Stadtgeschichtl. Museum usw. wirklich abspielt. Nur wenn jemand von außen etwas bemerkt und weitergibt (oder wenn z.B. eine unidentifizierte Mumie im Museum in Münster Rückschlüsse auf Feuchtigkeit im Keller der Mülheimer PPP-Schule, wo sie einst rumlag, vermuten lässt,) kommt mitunter etwas an die Öffentlichkeit. Ein Hauch von Bananenrepublik liegt in der Luft, gell.

Sehr geehrte Damen und Herren der Fraktionen des Mülheimer Stadtrates,

ich wende mich mit einem Problem an Sie, das meines Erachtens recht leicht zu lösen wäre, es aber offensichtlich nicht ist, in der Hoffnung, dass jemand von Ihnen sich der Sache annimmt:

Seit vielen Monaten brennt im Treppenhaus der Karl-Ziegler-Schule permanent das Licht. Permanent bedeutet: 24 Stunden am Tag und 7 Tage in der Woche - unabhängig von Sonn- und Feiertagen sowie den Ferien. Als Nachbar der Schule kann ich mich zwar gegen das Licht in meinem Schlafzimmer mit einer Jalousie wehren, als Bürger der Stadt gegen die Stromrechnung dagegen nicht. Über die Auswirkungen auf Umwelt und Klima muss ich mich hier vermutlich nicht auslassen. Wohl gemerkt: Es handelt sich NICHT um eine Notbeleuchtung.

Frau ..., die beim Immobilienservice für die sogenannten ÖPP-Immobilien zuständig ist, hatte Ende April ein offenes Ohr für mein Anliegen und hat nach eigenen Angaben sofort die Strabag informiert, wie sie mir in einem Telefonat am 20. Mai versicherte. Passiert ist bislang nichts.

Meine Kontaktaufnahme zum Hausmeister ergab Folgendes:

- *Es existiert im Gegensatz zu meinem eigenen Treppenhaus kein Lichtschalter.*
- *Es handelt sich wohl um einen von mehreren Fehlern in der Regelungstechnik. Ein weiterer Fehler: Ist eine Klasse zu ruhig, merkt dies ein Bewegungsmelder und das Licht geht während des Unterrichtes oder einer Klassenarbeit aus. Als kluger Lehrer könnte man Klassenarbeiten immer im Treppenhaus schreiben lassen, aber Scherz beiseite.*
- *Die Gewährleistungszeit ist abgelaufen, so dass die Firma, die mit der Regelungstechnik beauftragt war, nicht mehr willens oder verpflichtet ist, den Fehler zu beheben.*
- *Es wurden bereits jeweils ein Angebot von besagter Firma als auch von einer weiteren Firma eingeholt, das Treppenhauslicht auch Nachts und ohne Lichtschalter zu löschen.*
- *Das Angebot der weiteren Firma war bedeutend preiswerter: 40.000 €!*

Muss ich mich als umweltbewusster Bürger nun damit abfinden, dass die Kosten für das Löschen des Treppenhauslichtes der Karl-Ziegler-Schule Abends, Nachts, Samstags, Sonn- und Feiertags sowie in den Ferien mit 40.000 € einfach zu hoch sind? Oder entsprechen die Ergebnisse meiner "Recherchen" nicht der Wahrheit? Fakt ist: Das Licht brennt - und zwar weiterhin permanent.

Ich würde mich über eine Antwort - besser noch: eine realistische Möglichkeit, das Treppenhauslicht zu löschen - sehr freuen. Mit freundlichen Grüßen Anwohner der Kortumstraße

MBI-Antwort: Sehr geehrter Herr

das ganze, irgendwie peinliche Theater um die Beleuchtung ist eine typische Folgeerscheinung, wenn eine Schule als PPP-Projekt geführt wird. Die Stadt hat die Hoheit über Gebäude und dessen Bewirtschaftung abgegeben. Sie ist nur zuständig für die jedes Jahr steigenden "Miet"zahlungen für das eigene Gebäude und Gelände, und zwar per Forfaitierung mit Einredeverzicht, d.h. anders als "normale" Mieter, hat sie keine Möglichkeiten, Zahlungen zu kürzen, wenn der Vermieter Mängel nicht behebt.

Gibt es "unvorhergesehene" Ereignisse wie beim KZ die Feuchtigkeit im Keller, was nicht in dem viel hundertseitigen PPP-Vertrag explizit geregelt war, führt das zu Nachforderungen des PPP-"Partners" und schnell zu langwierigen Gerichtsverfahren, weil die Strabag auch alleine über Energieversorgung u.ä. bestimmt, installierte sie für das KZ eine Pellet-Heizung, während die Stadt gleichzeitig Fernwärmeleitungen an der Grundstücksgrenze verbuddelte, aber die Schule nicht anschließen durfte. So ist das: Wieso z.B. die scheinbar simple Frage mit der nächtlichen Lichtabschaltung derart teuer wird, ist unklar..

Wiederinbetriebnahme der VHS in der MüGa ohne Wenn und Aber!



Der Versuch, den OB abzusägen und der Bürgerentscheid zum VHS-Erhalt: Lehrstücke an Udemokratie!

Das Fest in der Freilichtbühne „Bildung hat ein Zuhause – die VHS in der MüGa“ war ein voller Erfolg. Entgegen der abwertenden WAZ-Überschrift „VHS-Initiative feiert mit 200 Gästen“ waren im Verlauf des Tages sicher weit über 1000 Menschen beim Fest. Auch finanziell war das Fest ein großer Erfolg, denn die Initiative konnte einen ansehnlichen Reingewinn erzielen, der für den Bürgerentscheid deutlich mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnet (eine genaue Endabrechnung war noch nicht möglich).

Das ist in erster Linie den vielen auftretenden Künstlern zu verdanken, die alle kostenlos ein wirklich gutes und abwechslungsreiches Programm boten. Nochmals vielen, vielen Dank!

Auf Nachfrage der MBI-Vertreterin im Bildungsausschuss am Montag präsentierte die VHS-Leitung die Vergleichszahlen für die VHS vor und nach der überfallartigen Schließung im Sept. 2017.

- Die Anzahl der Kurse betrug 2016 stolze 963, ging 2017 auf 753 zurück und schrumpfte 2018 auf nur noch 553, d.h. ein Rückgang um 43%!!!
- Die Zahl der Unterrichtsstunden verringerte sich von 28155 in 2016 auf 22580 in 2017 und auf 20835 in 2018, also ein Rückgang um 26%.
- In 2016 gab es 14634 Belegungen, in 2017 nur noch 12321, in 2018 sogar nur noch 9014, also auch dabei ein deutliches Schrumpfen um über 38%.

Welch eine Bildungskatastrophe auch noch in Zeiten notwendiger, verstärkter Integrationsbemühungen für die vielen Zuwanderer, was sich erst bessern kann, wenn die VHS wieder in dem dafür geeigneten Gebäude in der MüGa stattfindet!

Wie bereits im letzten Jahr, als die Unterschriftensammlung für das überaus erfolgreiche Bürgerbegehren „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ begann, konterten die VHS-Gegner der Ratsmehrheit von SPD, CDU, Grünen und BAMH auch jetzt wieder mit dem medienwirksamen Spektakel um die „OB-Affäre“. Dieses große Ablenkungsmanöver brachte das Bürgerbegehren fast vollständig um die eigentlich in einer Demokratie sinnvolle Beachtung in den Lokalmedien. Dennoch war der Zuspruch beim Unterschriftensammeln groß! Verwaltung und Ratsmehrheit missbrauchten dann ihre Entscheidungsmöglichkeiten und erklärten das Bürgerbegehren einfach für unzulässig. Dagegen musste die Initiative klagen und erhielt eindeutig Recht beim Verwaltungsgericht. Nun muss ein Bürgerentscheid durchgeführt werden, sofern sich der Rat am 27.6. nicht den Forderungen des Bürgerbegehrens anschließt. Doch wie es aussieht, haben zumindest SPD, Grüne, CDU und BAMH das anscheinend zur Zeit nicht im Blickfeld. Sie scheinen sich verständigt zu haben, es zu versuchen, den VHS-Bürgerentscheid zu missbrauchen, um OB Scholten als auserkorenem Sündenbock gleichzeitig per Bürgervotum in die Wüste zu schicken. Ob ihnen das sowohl im Rat wie bei einem Bürgerentscheid gelingt, sei dahin gestellt.

Verräterisch sind die Aussagen der Partei“strategen“ zur Begründung: WAZ: „Der OB setzt sich wiederholt von Ratsbeschlüssen ab und macht sich einen schlanken Fuß, wo es für ihn bequem ist, kritisierte SPD-Fraktionschef Spliethoff am Freitag. Spliethoff nannte beispielhaft die Beschlüsse zur VHS, zur Grundsteuererhöhung oder zur ÖPNV-Einsparung.“ Die Überläuferfraktion BAMH (Bürgerlicher Abbruch Mülheim) verkündete, sie würden den Antrag unterstützen als „ein längst überfälliger Schritt zur politisch-moralischen Hygiene“, so ihr Fraktionssprecher Jochen Hartmann. (Gerade die ...) Die CDU deutete Unterstützung an und der Grüne Giesbert ist sich dessen ziemlich sicher und er behauptet u.a.: „Wir haben vom OB in den vergangenen Monaten keine Impulse wahrgenommen“. Das ist ober-scheinheilig nach dem Motto: Wir haben dich kaltgestellt und nun sind wir enttäuscht, dass du dich nicht bewegst. Man bedenke nur die letzte peinliche Ratssitzung, als die Ratsmehrheit Scholtens Impuls, die Beteiligungen mit ihren Schattenhaushalten neu zu regeln, mit großer Mehrheit niederstimmte. Doch egal: In welchen völlig abgehobenen Welten leben die eigentlich?

Auf dem Bild OB Scholten, der sich als einziger von SPD-, CDU- oder Grünen-Funktionären der Protestaktion gegen die ÖPNV-Pläne anlässlich der Einweihung des Mülheimer Teilstücks des Fahrradschnellwegs RS 1 am 15. Mai anschloss.

Man wird sehen, wie es im „Tollhaus Mülheim“ weitergeht. Alle Unterstützer der VHS

jedenfalls sollten sich zum wahrscheinlich notwendigen Bürgerentscheid für unsere VHS in der MüGa langsam in Kampfesstimmung bringen. Wir können ziemlich optimistisch sein, dass genügend Menschen unsere VHS nicht weiter in dem indiskutablen ex-Fabrikgelände an der Aktienstr., sondern in dem denkmalgeschützten, als VHS bestens geeigneten Gebäude am MüGa-Rand haben wollen!



Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** 

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Offener Brief an die Landesregierung, der Stadt Mülheim Entscheidungsbefugnisse, zumindest beim ÖPNV, zu entziehen

An Herrn Ministerpräsident Armin Laschet, an Herrn Verkehrsminister Hendrik Wüst und an
Frau Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher
Nachrichtlich an

Ministerin für Kommunales, Frau Scharrenberg,, Finanzminister Herrn Lienenkämper, und an
Umweltministerin Frau Heinen-Esser sowie an die Oberbürgermeister der Städte Essen, Oberhausen, Duisburg
und Düsseldorf, die Herren Kufen, Schranz, Link und Geisel

Hilferuf

**Aufforderung, als Landesregierung und Aufsichtsbehörden unverzüglich einzugreifen und die Stadt
Mülheim zu veranlassen, ihre ÖPNV-Kahlschlagpläne ad acta zu legen**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Verkehrsminister,
sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
**wir möchten Sie hiermit über eine aktuelle, hochgradig problematische und die Zukunft gefährden-
de Entwicklung in Mülheim an der Ruhr informieren und bitten gleichzeitig um Eingreifen, da nicht
nur Mülheim, sondern auch mehrere Nachbarstädte davon betroffen sind.**

Einige Städte wie z.B. Münster haben den Klimanotstand beschlossen. **In unserer Heimatstadt Mülheim
a.d. Ruhr müsste allerdings ein Gesamt-Notstand ausgerufen werden. Unsere Stadt ist vollständig
in eine Sackgasse geraten, die sie aus eigener Kraft nur noch zu verschlimmern droht.** Ohne Ein-
greifen von Landesregierung und RP-Aufsichtsbehörde wird die Stadt Mülheim sich in ihrem circulus vitiosus
nur noch weiter in eine Art frucht- und zukunftslosen "Abbruch West" hinein manövrieren. Das schadet nicht
nur den Bürger/innen unserer Stadt, sondern auch allen Nachbarstädten und im Endeffekt auch dem Land
NRW, das schließlich für die Stadt bürgt.

Mülheim ist schließlich keine Insel, sondern befindet sich zentral inmitten des Teilballungsraums westliches
Ruhrgebiet (DEMO-Städte Duisburg, Essen, Mülheim, Oberhausen) mit ca. 1,5 Mio. Menschen. Was hier
an ÖPNV-Infrastruktur und -Attraktivität abgebaut oder/und noch verschlechtert wird, betrifft automatisch
auch massiv die anderen DEMO-Städte, in abgeschwächerem Maße auch andere Teile der Ruhrmetropole
und ebenso die Stadt Düsseldorf sowie den Kreis Mettmann.

War die Erhöhung der Grundsteuer um 39% auf rekordverdächtige 890% Hebesatz bereits eine schwer
verdauliche Maßnahme, so würde der jetzt geplante Kahlschlag beim ÖPNV einen schlimmen Rückschritt
bei allen notwendigen Bemühungen um eine klimaverträglichere Verkehrspolitik bedeuten.

**Deshalb muss das Land die Stadt zumindest vorläufig unter Kuratel der Landesbehörden stellen,
sowohl mit einer Art Sparkommissar, als auch zur direkten Beaufsichtigung und Korrektur von
Nahverkehrs- und Klimaschutzmaßnahmen.**

Zur Sachlage bzgl. der indiskutablen ÖPNV-Pläne der Stadt Mülheim

**Das "ÖPNV-Eckpunktepapier zur Fortschreibung des Nahverkehrs unter Berücksichtigung der
HSP-Maßnahme 144-2" für die Mülheimer Ratssitzung am 27.06.19 sieht folgendes vor:**

- 1.) Fast 1,6 km soll die gemeinsame Verkehrsgesellschaft mit Essen, die Ruhrbahn, im Stadtgebiet weniger
unterwegs sein, d.h. 30% weniger Angebot von Bus und Bahn
 - 2.) Stilllegung von 2 der noch verbliebenen 5 Straßen- und Stadtbahnlinien im Stadtgebiet
- b.w.

- 3.) Auf 2 der verbliebenen 3 Restbahnen sollen ganze 8 Haltestellen wegfallen und auch die 2 letzten Straßenbahnlinien 112 und 102 würden um längere Endteilstücke verkürzt.
 - 4.) Für den Wegfall der Duisburger 901 zwischen Hbf. und Stadtgrenze und der Mülheimer Linie 104 zwischen Hauptfriedhof und Essen-Borbeck soll eine sog. Metrobuslinie M 1 (was immer das sein soll) zwischen Zoo Duisburg/Stadtgrenze über MH-Hbf. bis Essen, Abzweig Aktienstr. alle 15 Min. verkehren. Die Stadtbahnlinie U 18 soll von Essen und MH-Hbf. verlängert werden zur Hochschule Ruhr-West.
 - 5.) Neben diesem M 1 soll es nur noch 5 Buslinien geben, alle anderen 9 Linien werden aufgegeben und z.T. durch 4 sog. "Bedarfslinien" ersetzt, ergänzt durch diverse reine Schülerbusse bei Bedarf. Auch der 122er-Bus von Oberhausen über Speldorf und MH-Mitte soll wegfallen usw.
 - 6.) Die Takte sowohl bei den Restbahnen wie den verbliebenen 6 Buslinien werden deutlich verschlechtert mit nur noch 20 Min. bei der U 18 und 15 Min. bei den Restlinien 112 und der 102 zu Hauptverkehrszeiten (HVZ) bis 17.30, in Randzeiten jeweils nur alle 30 Minuten.
- Der M 1 und die Busse 752, der verkürzte 129 und der ebenfalls verkürzte 133er sollen in HVZ 15-Min.-Takt haben, die Linien 124 und 130 sollen nur noch alle 30 Min. fahren, die neuen "Bedarfslinien" sollen in HVZ im 60-Min.-Takt, ansonsten alle 2 Stunden fahren
- 7.) "Eine bedarfsorientierte Anpassung des NachtExpress-Angebotes ist bisher - aus zeitlichen Gründen - noch nicht eingeflossen. Die hierfür notwendigen Analysen werden zeitnah erstellt und der Politik vorgestellt." Zitat Vorlage V 19/0396-01, Seite 7. Auch dabei drohen also weitere Kürzungen.

Der Beschluss soll also auch Linien betreffen, die mit den Nachbarstädten gemeinsam über die Stadtgrenzen hinweg betrieben werden, und zwar ohne dass diese bisher darüber auch nur informiert wurden. Die städteübergreifenden Nahverkehrsbeziehungen, im Ruhrgebiet besonders wichtig, würden geschwächt oder ganz durchtrennt entgegen aller Bestrebungen nach einer Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Hintergrund ist die überaus desolante Haushaltssituation. Mülheim ist seit 2017 Stärkungspaktkommune und daher verpflichtet, bis zum Jahr 2023 einen ausgeglichenen Haushalt auszuweisen.

Der Rat hatte daher am 6.12.2018 einen entsprechenden Haushaltssicherungsplan beschlossen, in dem unter anderem die Einsparung weiterer 7 Mio. € beim ÖPNV enthalten war. Mit dem Beschluss der "Eckpunkte" soll nun die erforderliche Konkretisierung erfolgen.

Offensichtlich erfordert aber die Umsetzung dieses Konzeptes umfangreiche Investitionen in neue Bushaltestellen auf bisherigen Straßenbahnstrecken und den Rückbau von teilweise gerade erst neu gebauten Haltestellen und erneuerten Gleisen. Die Stadt Mülheim hat zudem erst 2013 10 neue Straßenbahnen gekauft, die ggfs. an andere Städte verkauft werden müssten. Die Verwaltung geht davon aus, dass sowohl die zusätzlichen Investitionen als auch die Rückbaukosten sowie die Rückzahlung von Fördermitteln mit dem Land "verhandelbar" seien aufgrund der finanziellen Notlage der Stadt. Deshalb sind diese Aufwendungen auch nicht eingerechnet worden. Zusätzlich ist ein Weiterbau der Linie U 18 bis zur Hochschule Ruhr West enthalten, der durch die Taktreduzierung der U 18 (20 statt 10 Minuten) finanziert werden soll.

Evtl. ist auch das laufende Verfahren zur Direktvergabe der Verkehrsleistungen gefährdet, da der neue Nahverkehrsplan erheblich vom im Verfahren zugrunde gelegten NVP abweichen würde.

Diese "Eckpunkte" sollen in der Ratssitzung am 27. Juni 2019 von SPD, CDU und Grünen beschlossen werden. Der Nahverkehrsplan soll dann Ende 2019/Anfang 2020 entsprechend geändert werden. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass der Verkehrsdurchführungsvertrag mit der DVG (Linie 901) zum 31.12.19 bis 30.6.19 gekündigt werden kann. Die DVG-Konzession für die Linie 901 läuft zum 31. 12. aus, so dass die Gefahr besteht, dass aufgrund des Beschlusses am 27. Juni bereits vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Das Vorhaben der Mülheimer Verwaltung läuft allen Bestrebungen auch auf Landesebene, den ÖPNV leistungsfähiger zu machen, entgegen. Auch die Förderung der kommunalen Wirtschaft ist nicht denkbar ohne einen funktionierenden und leistungsfähigen ÖPNV. Es ist davon auszugehen, dass die angeblichen Einsparungen nicht erreicht werden, vom Land wird dagegen erwartet, dass auf Rückzahlung von Fördergeldern von weit über 20 Mio. € verzichtet wird und dazu der Rückbau teils fast neuwertiger Infrastruktur und neuer Ausbau von Haltestellen finanziert wird.

Offensichtlich sind sich die Mehrheitsfraktionen und die Verwaltung bewusst, wie problematisch ihr Vorhaben ist, denn es wurde bereits in der Vorlage angedeutet, dass man willens sei, ggfs. gegen das Land zu klagen, wenn die Bezirksregierung nicht auf die Rückzahlung von Fördermitteln u.a. für die Linie 104 verzichten werde.. Unabhängig davon ist selbst das Ziel der Einsparung höchst unrealistisch, denn weniger Fahrgäste werden die Einnahmen verringern, real wohl deutlicher als die angesetzte 1 Mio. € (knapp 5 %). Wieviel Einsatzbusse zu welchen Kosten erforderlich wären, geht aus der Vorlage überhaupt nicht hervor. Selbst wenn, wovon wir nicht ausgehen, das Land auf Rückzahlung von Fördergeldern verzichten und einen Teil der Neuinvestitionen und Rückbaukosten übernehmen würde, würden eher noch zusätzliche Schulden aufgebaut.